

misanträge verwandten. Den Standpunkt der verbündeten Regierungen zu den Kompromissanträgen legte der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Niederding in sehr unbestimmter Weise dar, endgültige Erklärungen behielt er sich für die Spezialdiskussion vor, die aber auf Mittwoch vertagt wurde. Am Ausgange der Dienstagssitzung nahm der Reichstag die noch rückständigen Abstimmungen über die Artikel 1, 4, 5 und 6 der Münzgesetz-Novelle vor; dieselben wurden fast durchgängig in der Kommissionsfassung genehmigt, doch gelangte bei Art. 4 ein Antrag Schwarzgerolds zur Annahme, der die Landesfilbermünzen nur in soweit einzuziehen wissen will, als dies zur Neuprägung von Reichsilbermünzen und Deckung der Kosten erforderlich ist. In namentlicher Abstimmung lehnte das Haus den Antrag Trendl auf Beibehaltung der Thaler mit 161 gegen 61 Stimmen ab.

Der Reichstag führte wider Erwarten Donnerstag die Beratung der lex Heinze noch nicht zu Ende. Zuerst wurden die Literatur-, Kunst- und Theaterparagraphe 184, 184a und 184b beraten. Abg. von Dollmar (Soz.) bekämpfte die Beschlüsse zweiter Lesung; seine Partei wolle die „Dummheiten“ dieser Paragraphe nicht mitmachen. Abg. Günburg (konf.) befürwortete die Kompromissanträge. Abg. Müller-Meinungen (fr. V.) führte aus, gegen Angriffe auf künstlerischem Gebiet könne die Polizei heute schon vorgehen. Der Theaterparagraf enthalte in juristischer Beziehung das reine Gemittelstadium. Redner vertheidigte sodann die Protestbewegung der Künstler. Staatssekretär Niederding betonte die Nothwendigkeit, Schamlosigkeit, Gemeinheiten zu bestrafen, die nicht auf gesetzlichem Gebiete lägen. Keinesfalls sei der § 184a ein Kaufschuß. Abg. Gröber (Chr.) vertheidigte die Kompromissanträge. Die Spekulation auf die gemeinen Triebe sei nicht die hohe göttliche Kunst, die Förderung verdiene. Geh. Kruse bitter Namens der Regierungen den § 184b als völlig überflüssig abzulehnen. Nach 6 Uhr wurde noch ein Verfassungsantrag gestellt, aber mit 181 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Es sprachen noch die Abgg. Stockmann (frkonf.), Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) und Bayer (Südd. Volksp.). Gegen 8 Uhr wurde die Sitzung auf Freitag vertagt.

Seit langer Zeit wird in Deutschland eine ziemlich genaue Statistik der Auswanderung aufgenommen und veröffentlicht. Dagegen fehlt es leider gänzlich an einer Statistik der Einwanderung und insbesondere der Naturalisationen fremder Staatsangehöriger. Eintragungen werden darüber sicherlich vorhanden sein, aber nicht veröffentlicht. Da hier die einzelstaatlichen Behörden zuständig sind, so erwachsen der Reichsstatistik bei ihren Erhebungen über Einwanderungen und Naturalisationen größere Schwierigkeiten, aber mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache müssen sie überwunden werden. Die fremde Zuwanderung nach Deutschland, die vorübergehende wie die dauernde, namentlich vom Osten her, ist so umfangreich, daß man ihre statistische Entwicklung aus verschiedenen Gründen genauer verfolgen muß. In Frankreich wurden kürzlich Angaben über die gewährten Naturalisationen veröffentlicht. Danach hat sich in den letzten Jahren die Zahl der Naturalisationen beständig vermindert und sie ist im Jahre 1899 auf 2395 gefallen; darunter befanden sich 651 Italiener, 407 Deutsche einschließlich 313 Elsaß-Lothringer, 292 Belgier, 76 Spanier, 58 Luxemburger, 46 Schweizer u. s. w. Die Zahl der französischen Naturalisationen ist geringfügig und, beiläufig bemerkt, nur halb so groß wie die Zahl der französischen Auswanderer. Aus der geringen Zahl der Naturalisationen in Frankreich wird ersichtlich, daß man dort weit davon entfernt ist, die Naturalisation zu erleichtern, obwohl das Land aus eigener Kraft zu einer Vermehrung der Bevölkerung nicht zu kommen vermag.

Das Fernsprechwesen im Ruhrbezirk soll verbessert werden. Staatssekretär v. Boddielst erkennt die Nothwendigkeit einer Verbesserung durch Einführung von Nebenleitungen an. Im Oktober 1901 wird das ganze Netz mit Doppelleitung versehen sein.

Apia, 1. März. Unter festlicher Beteiligung der gesamten weißen Bevölkerung und 5000 Samoanern ist heute in Mulimui, dem früheren Sitze der samoanischen Regierung, die deutsche Flagge gehißt worden.

Die Nothwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit der Bergleute wird von der österreichischen Regierung anerkannt. So hat der Ministerpräsident im sozialpolitischen Ausschuss des Wiener Abgeordnetenhauses erklärt. Ferner versicherte der Minister, die Regierung werde ihr Möglichstes thun, um den Streik der Kohlenarbeiter zu beendigen. Der Ausschuss hat beschlossen, daß die Arbeitszeit der Bergleute einschließlich Ein- und Ausfahrt neun Stunden betragen soll.

Rußland. Der Petersburger „Grashdanin“, welcher Verbindungen mit den dortigen Regierungskreisen unterhält, bringt einen vielbemerkten heftigen Artikel gegen die Politik Frankreichs. Ueberhaupt macht sich in der Petersburger Presse in letzter Zeit Verstimmung gegen Frankreich bemerkbar, wobei namentlich die chauvinistischen Dekrete des Kammerpräsidenten Deschanel ungünstig beurtheilt werden. Es kommt die Meinung scharf zum Ausdruck, Rußland sei nicht gewillt, sich von Frankreich Lehren ertönen zu lassen; daneben wird die unterwürfige Haltung der französischen Politik gegenüber England getadelt.

Madrid, 15. März. In San Felis de Guizols (Provinz Gerona) kam es zu einem Zusammenstoße zwischen Ausständigen und Gensdarmen. Zwei Ausständige wurden getödtet, drei von ihnen und ein Gensdarm verwundet.

Aus Tanger wird der „Post-Bl.“ gemeldet: Der deutsche Konsularagent in Rabat wurde von Maurenknaben mit Steinen beworfen. Als der Gouverneur die Buben züchtigte, empörte sich das Volk und es entspann sich ein Kampf zwischen diesem und den Regierungstruppen, wobei acht Leute aus dem Volk getödtet wurden.

Der Getreidemarkt. (Berichtswache vom 9. bis 16. März 1900). Die Preisbesserung in Amerika hat auch die europäischen Märkte günstig beeinflusst. Die weichende Haltung des Marktes besetzte sich wieder und für Weizen und Roggen wurde ein um 1/2, Mk. bis 1 Mk.

pro Tonne höherer Preis erzielt. Die Umsätze blieben aber klein und bei wachsendem Angebote gehen die Preise wieder zurück. Gerste, Hafer und Mais hatten stilles Geschäft bei alten Preisen.

Der Transvaalkrieg.

(Erste Nachrichten.) Die Angaben über den Inhalt der vom englischen Ministerpräsidenten Lord Salisbury den Boeren gemachten Friedensbedingungen, die auf sofortige Unterwerfung und Aufgabe der Selbstständigkeit lauten sollten, sind unbegründet. Lord Salisbury hat den Boeren bisher überhaupt noch keine Bedingungen gestellt. So ein amtliches Telegramm. Dies Dementi betrifft natürlich nur eine ganz äußerliche, formelle Frage. Thatsache ist, daß den Boeren auch der Rest ihrer bisherigen Unabhängigkeit genommen werden wird. Zwischen den beiden Präsidenten Krüger und Steyn besteht aber völliges Einvernehmen, daß die Boerenstaaten ihre Freiheit bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen haben. So lange aber die Oranjeboeren zu ihren Bettern, den Transvaalboeren, halten, so lange läßt sich über den Ausgang des Krieges gar nichts sagen. Präsident Krüger erinnerte die Burgers in einer feierlichen Proklamation daran, daß sich die Boeren in Natal doch ganz vorzüglich gehalten hätten, und daß alle Truppen, die dort gekämpft hätten, in guter Ordnung und ohne erhebliche Verluste auf den heimischen Boden zurückgeführt seien. Man solle deshalb den Muth nicht verlieren, sondern furchtlos weiterkämpfen. — Leider scheint es nur, als sei der Kriegsüberdruß unter den Oranjeboeren ganz unaufrichtig geworden. Bloemfontein, die Hauptstadt des Oranjerestaats, ist den Engländern eigentlich doch zu leichtem Kaufs in die Hände gefallen. General French hatte gedroht, die Stadt beschließen zu lassen, wenn sie Widerstand leisten sollte. Der Bürgermeister der Stadt mit einigen Råthen war den Engländern schon auf zwei Meilen entgegen gegangen, um dem General French in aller Unterwürfigkeit die Schlüssel des Regierungsgebäudes auszuhandigen. Die britische Flagge wurde auf allen amtlichen Gebäuden der Stadt gehißt. Amtlich meldet Lord Roberts, General French sei von der Bevölkerung Bloemfonteins mit lautem Jubel empfangen worden. Es ist zweifelhaft, ob der Jubel laut war, echt war er jedenfalls nicht.

(Zweite Nachrichten.)

Die Boeren rüsten sich unter General Jouberts Führung zu festigen Widerstande an der Südgrenze Transvaals. Dort ist die Gegend für sie günstiger und ein Umgebungsversuch des Lord Roberts weniger zu befürchten. General Roberts ist sich des Ernstes der bevorstehenden Entscheidungskämpfe auch vollständig bewußt und hat daher den General Buller beordert, in das nordwestliche Natal vorzuziehen und die Boeren von dort aus anzugreifen. General Warren, der sich mit seinen Truppen bereits zu Schiffe befand, wurde eiligst zurückberufen. Er schließt sich dem General Buller bei besten Vormarsch an. Gelingt es den Boeren, die Buller'schen Truppen am Von Reenspaß festzuhalten, dann ist Lord Roberts' Plan, den Feind zwischen zwei Feuer zu nehmen, gescheitert. Die Truppen des Generals White genießen in der Nähe von Ladysmith einen Urlaub, sie sind noch immer nicht kriegsbereit. Im Norden des Kaplandes haben sich die englischen Generale Clement, Gatacre und Brabant noch dem Rückzug der Boeren ohne Gefahr zu vereinigen vermocht. Sie stellen mit ihren Truppen eine ganz gewaltige Macht dar, die gegenwärtig hart am Südufer des Oranjerestusses steht. Der Vormarsch in den Freistaat ist aber noch nicht ausgeführt, da auf dem nördlichen Oranjerest-Fluß noch immer starke Boerenabtheilungen stehen, die auch die Eisenbahnbrücke über den Fluß in die Luft sprengten. Die Londoner „Times“, die Lord Roberts als den Herrscher Bloemfonteins im Namen der Königin feiert, kann am Ende doch noch zu früh jubelt haben.

Die Wirkung der englischen Antwort in den Boerenrepubliken. Wie vorausgesehen war, hat die Antwortdepesche aus London den Entschluß zum äußersten Widerstand der Boeren nur verhärtet. Nachrichten aus London besagen folgendes:

London, 15. März. Aus Pretoria wird gemeldet: Die Boerenrepubliken weisen in ihrer Antwort an die englische Regierung die Haltlosigkeit der Ausführungen des Ministerpräsidenten Salisbury nach und proklamieren den Kampf bis zur völligen Vernichtung.

Präsident Krüger telegraphierte im gleichen Sinne nach Washington: Alle Bürger der beiden Republiken sind ohne Ausnahme darüber einig, den Kampf bis zum Tode fortzusetzen; die Engländer würden niemals Pretoria ertreten.

Ähnlich lautet folgende Meldung:

New-York, 14. März. „Evening Journal“ veröffentlicht eine Depesche des Präsidenten Krüger aus Pretoria vom 13. d. Ms.: Die Burgers werden erst mit dem Tode aufhören zu kämpfen! Unsere Streitkräfte kehren nach der ersten Vertheidigungslinie auf eigenen Grund und Boden zurück. Der Feldzug in Natal war länger zu unseren Gunsten, als wir erwartet. Die Engländer werden nie bis Pretoria kommen! Die Burgers, Präsident Steyn, Oberkommandant Joubert und ich sind, wie alle Anderen, einig! Kein Streit ist zwischen uns vorhanden! Gott helfe uns!

New-York, 15. März. Der frühere Transvaaler Generalkonsul in London White führt in einer Zuschrift an die „World“ aus, aus strategischen Gründen seien die Boeren genöthigt, Johannesburg zu zerstören, was einen Verlust von wenigstens 150 Millionen ausmachen würde. Er hoffe, daß etwas für beide kriegführende Theile Annehmbares gethan werde, bevor eine solche Katastrophe eintrete. Wenn sie aber dazu gezwungen seien, werden die Boeren Johannesburg opfern und bis auf den letzten Blutstropfen um den Befehl Pretorias kämpfen.

London, 15. März. Die zweite Ausgabe der „Times“ berichtet aus Lourenço Marques unter dem 14. d. Ms.: Ein Herr, der während des Krieges mit den Randminen in Verbindung gestanden hat, erklärt, die Beamten des Minendepartements der Regierung von Trans-

vaal seien mit dem Plane der Zerstörung der Schächte und der Grubenbauten mittels Dynamit beschäftigt; auch seien eine Anzahl Sprengminen und andere zur Vertheidigung dienende Werke in der Nähe von Johannesburg errichtet worden.

Der Varengeneral Cronje wird mit seiner gefangenen Armee heute von Kapstadt nach St. Helena verfrachtet. — Der (deutsche) Oberst Schiel soll einen vergeblichen Fluchtversuch gemacht haben. Reuters Bureau erzählt von maßgebender Seite, daß die Erzählung der Verhaftung von vier „deutschen Offizieren“ in Lourenço Marques nicht auf Wahrheit beruht. Es handelt sich um vier ehemalige deutsche Offiziere, die dem deutschen Heere schon lange nicht mehr angehören.

Vaterländisches.

(Mittheilungen aus dem Reichsreise sind der Redaktion stets willkommen. Der Name des Einbersers bleibt unter allen Umständen Geheimniß der Redaktion. Anonyme Zuschriften können nicht berücksichtigt werden.)

— Bestellungen auf vorliegende Zeitung mit ihren 2 Beilagen (landwirthlich und Heitige illustrierte) zum Preise von Mk. 1.30 pro Vierteljahr und 44 Pfg. pro Monat werden jeder Zeit noch entgegen genommen.

Wilsdruff, 16. März 1900.

Die Zweite Kammer des Sächsl. Landtages trat gestern Vormittag 10 Uhr zu ihrer 63. Plenarsitzung zusammen, der Staatsminister v. Wagdorf und mehrere Regierungskommissare bewohnten. Den Vorsitz führte zum Theil der Präsident Geh. Hofrath Dr. Wehnert. Als einziger Beratungsgegenstand stand auf der Tagesordnung die Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation B über die wegen Erbauung von Eisenbahnen und Errichtung von Haltestellen eingegangenen Petitionen, deren Berichterstatter Abg. Dorst-Walda war. Im Allgemeinen wird im Deputationsberichte Folgendes bemerkt: Die Masse der auch in diesem Landtage eingegangenen Petitionen um Erbauung neuer Bahnlagen und Errichtung von Haltestellen übersteigt nicht nur nach ihrer Anzahl, sondern auch in Betreff der erbetenen Linien und Kilometer bei Weitem das früher Dagewesene. Bis zum 15. Januar d. J., als dem hierfür gelegten Schlußtermin, gingen in Summe 260 Petitionen ein, welche sich auf 66 Bahnlagen, sowie 24 Haltestellen beziehen und somit in 90 Nummern ihre Behandlung finden. Einerseits erfordert die zur Zurückhaltung mahrende allgemeine Finanzlage des Staates und der Mangel an technischen Kräften, welcher so weit ging, daß von dem im vorigen Landtage bereits bewilligten Linien der Bau von vier und zwar Thum—Ehrenfriedersdorf—Geyer, Froburg—Köhren, Pegau—Kieritzsch und Löttengrün—Zhemma noch gar nicht in Angriff genommen werden konnten, insbesondere aber die stetig in fallender Richtung sich bewegende Reute der Staatsbahnen eine äußerst vortheilhafte Auswahl in den zu machenden Vorschlägen. Andererseits weiß sich aber die Deputation mit der weitaus größten Mehrheit der Kammer, sowie auch mit der im Schooße der stöniglichen Staatsregierung hegeigten Meinung einig, daß man gerechten Wünschen nach Bahnerbauung auch in Zukunft so viel als möglich Rechnung tragen soll. Zur Erledigung gelangten in der gestrigen Sitzung gegen 7/8 der eingegangenen Petitionen; unter denselben befand sich auch die der Gemeindefrauen von Niederbachna, Deszdorf, Dutha, Herrndorf, Oberbachna, Mohorn und Dittmannsdorf, sowie die Gemeinde Kolonitz, welche wiederholt um Ausbau einer Verbindungsstrecke der neuerdings in Betrieb genommenen Schmalpurbahn Frauenstein—Klingenberg mit der Linie Wilsdruff—Rossaen bitten. Der Bericht sagt weiter: „Die Wahl des Anschlusses überlassen die Petenten dem Ermessen der Kgl. Staatsregierung. Sie begründen ihr Petition mit der von jedem Bahnverkehr so abseits gelegenen Lage ihrer Dörfer, welche noch um so ungünstiger fühlbar werde, als die über hohe Berge und durch tiefe Thäler (Muldenthal) führende Straße den Verkehr mit ihrer Bezirksstadt Freiberg ungemein erschwere. Bei alledem sei durch den Niedgang, ja bei dem bereits eingetretenen theilweisen Erlöschen des Bergbaues im Freiburger Gebiet, die Lage ihrer Dörfer eine sehr bedrängte geworden, die eine staatliche Hilfe nach obengegebener Richtung hin durchaus rechtfertigt und empfehle. Schließlich, aber nicht in letzter Linie, würde der Umstand schwer ins Gewicht fallen, daß durch den Ausbau der erbetenen Bahn nicht nur die Frauensteiner- und Rossaen-Wilsdruffer Strecke, sondern bei dem in Aussicht stehenden schmalpurbahnigen Weiterbau der Bahn von Wilsdruff über Wittitz nach Gadowitz, eine direkte Verbindungslinie der Schmalpurbahnen geschaffen würde, vom oberen Erzgebirge bei Frauenstein, bis an die untere Landesgrenze bei Strehla an der Elbe. Die Vortheile dieser Verbindung könnten nur lebend und befruchtend für den Verkehr sowohl, als auch für den Betrieb wirken. Die Deputation hat bereits im Landtage von 1897/98 dem hier behandelten Petition gegenüber eine wohlwollende Stellung eingenommen, und den angeführten Gründen meist Zustimmung ausgesprochen. Sie empfiehlt jetzt, im Einverständnis mit den Herren Regierungskommissaren, und nachdem auch die Petenten ihr Interesse an der Ausführung durch für ihre Verhältnisse erhebliche Opfer bekundet, die Kammer wolle beschließen: die Petition um Erbauung einer schmalpurbahnigen Verbindungsbahn von Wilsdruff nach Dittmannsdorf beziehentlich der Dittmannsdorf-Mohorners Strecke, der königlichen Staatsregierung zur Erwdägung zu überweisen.“ Zu diesem Projekte sprachen mit warmen Worten die Abgeordneten Steiger und Rudelt-Deuden, welcher letzterer Herr namentlich hat, bei den Vermessungsarbeiten darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Anschluß der Linie mehr nach Mohorn hin zu liegen kommen möge. Die Abstimmung ergab die Censur: Ueberweisung der erbetenen Linie an die Staatsregierung zur Erwdägung. Schlechter erging es der erbetenen Linie Wilsdruff—Goritz-Gotta-Dresden in der am heutigen Freitag stattgefundenen Fortsetzung der Sitzung der Zweiten Kammer. Der Bericht der Deputation B. läßt sich hierzu folgendermaßen aus: „Um die Erbauung einer normalspurigen Industrie- bez. Vorortsbahn zwischen eben ge-